

Pistolenschüsse.

Im Berliner Reichsentschädigungsamt trachten die Pistolenschüsse, verpackt — zum Glück! — eine Söldenmaschine, die mit 15 Kilogramm Dynamit beladen war und deswegen das ganze Amt vom Erdboden vertilgt hätte, wenn die Maschine funktioniert haben würde. Eine Verzweigungstafel? Die Tat eines Geflüchteten? Das alles kam erst die Untersuchung ergeben. Der Täter war fast zwanzig Jahre in dem früher deutschen Südwestafrika; mittellos kam er wieder zurück in die Heimat, die seine Forderungen in dem von ihm aufgestellten Ansatze nimmer erfüllen kann.

Die Pistolenschüsse trachten in einem Augenblick, da im Reichstag endlich — der Entschädigungsausschuss — in allerhöchster Zeit angenommen werden wird. Die völlige Abschaffung aller derverschiedenen Bestimmungen über das Privatigentum in und nach dem Kriege ist durch die Entente noch dadurch ergänzt worden, daß im Verlaufe des Friedens Deutschland gezwungen wurde, die Entschädigungspflicht gegenüber allen Deutschen zu übernehmen, denen das Eigentum verfallen war. Unglücklicherweise hat der Internationale Gerichtshof im Haag entschieden, daß Deutschland diese Entschädigung leisten muß auch über die Zahlungsvorschriften des Dawes-Planes hinaus. Auf drei Milliarden wurden diese Schäden berechnet, deren Größtes in die Taschen der Entente und ihrer Staatsangehörigen gerannt war.

Was den Reparationsgeschichten bis 1923 zugewandt werden konnte, zerran sehr schnell im Strudel der Inflation, und die fortgesetzten Reparationsentscheidungen des Reiches; ob diese bisher auch zugunsten der Reparationsgeschädigten voll ausgeschüttet sind, wird von diesen herkömmlich, aber vielfach richtig, doch das eigene Leid auf sich den Weg für das, was vom Reich nun wirklich geleistet werden kann. Jedenfalls sind sich alle Parteien im Reichstag darüber einig, daß über die Bestimmungen des neuen Entwurfs nicht hinausgegangen werden kann. Das sind 1,3 Milliarden. Und dies in einer Zeit, da die Zahl der Arbeitslosen im Reich sich demnachst einmündig in die vierzig Millionen erhöhen wird, und die wirtschaftliche Lage großer Teile der deutschen Bevölkerung eine fast verheerende geworden ist.

Und dorthin trachten die Pistolenschüsse eines draußen Geschädigten, der außerdem eine hundertprozentige Umwertung seines Verlustes verlangt, obwohl er vor der äußersten Not durch Zahlungen, wenn auch kleinerer Art, geschützt worden ist. Aber selbst das ist ein Wunsch, der vielfach und vielleicht auch die Erinnerung an frühere vielfach glänzende Zeiten in dem betreffenden Kreise die Erbitterung manchmal sehr hoch steigen lassen.

Wir verspüren immer stärker und in fast allen Teilen der deutschen Wirtschaft er ist jetzt so recht die Folge in der verlorenen Freiheit. Es ist ein Gefühl, das man sich, wenn auch schwer, natürlich zunächst abtun muß, und Predigten mittels Redner und Dynamit sind besonders zwecklos! Wenn, wie in diesem Falle, der Liquidationsgeschädigte vom Reich etwa 40 Prozent seiner Forderungen bewilligt erhalten hat, so wird dies in den Herzen vieler geschädigter Inlanddeutscher als Echo den Stimmen herzuwirken, daß sie sich mit viel, viel weniger begnügen müßten und nicht gleich zur Höllenmaschine und Pistole griffen. Auch für die Republik paßt das alte Sprichwort noch: Wo nichts ist, da hat auch der Kaiser kein Recht verloren!

Das mißglückte Attentat.

Dramatische Szenen im Reichsentschädigungsamt. Das Attentat im Reichsentschädigungsamt in Berlin hätte sich zu einer Katastrophe schlimmster Art ausgewachsen

§ Verurteilung wegen Spionage und Landesverrats. Das Reichsgericht in Leipzig verurteilte den früheren Flugzeugführer Max Graf von Hagen wegen Verrats militärischer Geheimnisse und Spionage zu 14 Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust. Max Graf von Hagen hatte sich in London, Wien, Brüssel und in anderen Orten nachrichten, daß sie sich in der Sache des Staates geheimzuhalten waren, den Franzosen übermittelte.

§ Der Duisburger Kohlenarbeiterstreik. Die Instanz im Duisburger Kohlenarbeiterstreik, die in Verbindung gegen den erkrankten Streikführer von der Staatsanwaltschaft erhoben worden war, richtete sich wegen verbotener Ausübung in Zentrale mit Unterstützung und Beihilfe gegen die beiden Exekutivmitglieder von Hül und Heermann aus Duisburg, die zur Zeit des englischen Bergarbeiterstreiks mit Kohlen ausfuhrten, die nicht ordnungsmäßig beschafft waren, Kohle in Schiffsladungen zur Verfügr gebracht haben sollten. Das Urteil lautet: zur Verurteilung von Hül und Heermann zu 2000 Mark Geldstrafe verurteilt.

können, denn neben der Pistole hatte der Täter, ein ehemaliger ostafrikanischer Farmer und jetziger Kaufmann Heinrich Langlopp, noch einen Koffer mit 15 Kilogramm Pulver bei sich, das er auch zur Explosion zu bringen versuchte. Durch einen Zufall blieb die Explosion aus; durch sie hätten das Gebäude und die umliegenden Häuser in die Luft Hitzegelassen.

Der Täter, der jetzige Kaufmann Heinrich Langlopp, der jetzt in Lauenstein bei Hannover wohnt, erschien des öfteren bei den Vizepräsidenten des Reichsentschädigungsamtes, Dr. Bach. Er hatte dieses Mal einen Augenblick abgesehen, in dem das Vorzimmer leer war, um ohne Anmeldung unbemerkt einzutreten. Nun forderte er ohne weiteres die sofortige Auszahlung von 112 000 Mark.

Widrigensfalls er einen Koffer mit Sprengpulver zur Explosion bringen werde. Damit stellte er einen Aluminiumtropenkoffer auf den Schreibtisch, aus dem zwei Zündschnüre herausgingen, die der Vizepräsident um die Finger der linken Hand gewickelt hatte. Vizepräsident Dr. Bach versuchte, auf gut Glück Wege zu verhandeln, da er hoffte, daß inzwischen einer der Beamten das Zimmer betreten werde. Da aber zufällig niemand erschien, saßen sich der Präsident und Langlopp länger als drei Stunden gegenüber. Dr. Bach mußte sich schließlich dazu verziehen, Langlopp eine Zahlungsumweisung über 120 000 Mark mit einem Scheck über 100 000 Mark auszufahren. Langlopp rief darauf, ohne den gefälligen Koffer aus der Hand zu lassen, seinen Bekannten Loof durch den Fernsprecher herbei, der ebenfalls unbemerkt eintrat und den Scheck in Empfang nahm. Er bemühte sich dann eine Stunde lang, den Scheck von einer Bank horizontal zu bekommen, hatte aber keinen Erfolg, da der Scheck nicht ordnungsgemäß ausgefertigt war. Als jetzt Präsident Dr. Bach erklärte, er wolle bei der Kasse des Amtes Geld holen, und das Zimmer zu verlassen suchte, gab Langlopp fünf Schüsse aus einem Browning ab. Gleichzeitig hatte er den Koffer fallen lassen und es gab einen kurzen Knall.

Durch Zufall war die Sprengladung nicht zur Explosion gekommen. Auf die Schritte hin liefen Beamte aus den anderen Zimmern herbei, die Langlopp überwältigten und dem überfallstommando übergaben.

Auf jeden Fall dürfte der Anschlag, der nur durch einen Zufall ohne schwerere Folgen blieb, zu besonderen Schutzmaßnahmen für die Beamten des Reichsentschädigungsamtes Anlaß geben.

Die Stellung der Geschädigtenverbände.

Die Organisationen der Grenz-, Auslands- und Kolonialdeutschen haben sich mit dem Vorrat im Reichsentschädigungsamt befaßt. Man erklärt ganz offen, daß man von der Zeit Langlopps selbstverständlich abtrübe, daß aber Verzweigungstafeln der nach Hunderttausenden zählenden Geschädigten in den Ländern nichts Unbeliebtes mehr seien. In den Kreisen der geschädigten Auslands- und Kolonialdeutschen herrsche zum Teil tiefe Verzweiflung und die Verbände mühten täglich aus eigenen Mitteln einzufragen.

Langlopps Vergangenhait.

Der 51jährige Heinrich Langlopp ist die typische Erscheinung eines Afrikaners. Er erzählt, daß er als junger Kaufmann auswanderte und auf seinen Booten in den Jahren 1906 kämpfte. Er hat auch den Totentoten- und Hereroaufstand in Deutsch-Südwest als Kämpfer mitgemacht, ebenso verschiedene Aufstände der Kaffernstämme. 1911 holte er sich eine Frau aus Deutschland und lebte sie in Deutsch-Ostafrika an. Durch unermüdlichen Fleiß und große Sachkenntnis wurde er innerhalb weniger Jahre aus dem armen Viehhirten in Deutsch-Ostafrika trieb er, da seine Farm an britisches Hoheitsgebiet grenzte, seinen gesamten Viehbestand der deutschen Heeresverwaltung zu und trat selbst als Freiwilliger ein.

Später fiel seine Farm in die Hände der Engländer, die seine Farm und seine jetzt 15 Jahre alte Tochter in einem Konzentrationslager unterbrachten. Er selbst geriet später ebenfalls in Gefangenschaft und war bis Mitte 1919 in Indien interniert. Da die Niederlage nach seiner Farm ihm vertrieben war, lebte er in die alte Heimat

zurück und traf hier mit Frau und Tochter zusammen. Er meldete beim Reichsentschädigungsamt seine Ansprüche an und erhielt zunächst eine Abschlagszahlung von 10 000 Mark, mit der er einen 20 Morgen großen Hof in Witt-Nabel in Westfalen erwerben konnte. Diesen beschaffte er mit Frau und Tochter.

In einem genevener Plan hatte er den Wert der verlorengegangenen Farm und des an die Heeresverwaltung überlassenen Viehs mit zusammen 112 000 Mark berechnet, nach seiner Meinung ein durchaus angemessener Preis. Seine Entschädigungsansprüche waren aber auf nur 45 000 Mark fixiert worden, die er jedoch nicht auf einmal ausgezahlt erhielt. Die Zahlungsabläufe, die ihm zugunsten, im ganzen bisher etwa 9000 Mark, seien teilweise der Inflation zum Opfer. Langlopp schlug sich teilweise als Reisender, dann wieder als Solofahrer und Gelegenheitsarbeiter durch. Jetzt hatte er in Erfahrung gebracht, daß es möglich sein würde, sich in Schwaben anständig zu machen. Dazu waren aber Bewegungsgelder notwendig. Er kam deshalb nach Berlin, um den Rest seiner Forderung zu beheben und dann mit seinen Angehörigen auszuwandern.

Plan des Lehrganges zur Förderung der Pflege der weiblichen Jugend vom 12 bis 15. April 1928

im Jugendheim Herzog Christian in Merseburg.

Eröffnung: Donnerstag, den 12. April, vormittags 9 Uhr. Grundgedanken des Lehrganges, Bildaufgaben machen der Jugendpflege aus den Berufsbahnen in der weiblichen Jugend.

- Vormittags (a) eine Stundenangabe für die einzeln Tage vorbereiten werden folgende Themen eintreten:
1. Die Wiphologie der Berufsämter Frau im Allgemeinen (Dr. Gumboldt, Vortrag Dr. Pfeiler, Vortrag Dr. Schuler).
 2. Die Berufsaufgaben der weiblichen Jugend, der Fabrikarbeiterinnen und die sich daraus ergebenden Forderungen für die Jugendpflege (Frau Reichsstaatsabgeordnete Anna-Maria Wedderburn).
 3. Postelle, Konjunktural- und Berufsfragen (Frau Reichsstaatsabgeordnete Anna-Maria Wedderburn).
 4. Postelle, die weiblichen Hand- und Hilfsberufe betreffend (Frau Dr. Harig, Berlin).
 5. Das Mädchen, die Frau und die Politik (Frau Dr. Silber-Berlin).
 6. Die Frau und die Hauswirtschaft (Frau Dr. Silber-Berlin).

Am den Vordemittagen und an den Abenden werden im Wandertage behandelt:

1. Wie sollen wir uns kleiden? (Fr. Gertrud Barmshoff-Salle a. S.).
 2. Die Berufsaufgaben der Jugendpflege (Dr. Direktor M. von Kreuznach).
 3. Wie beschaffen wir die Stellen? (Frau Schuler-Schäfer).
 4. Wie beschaffen wir die gemeinnützigen Wanderungen mit den Jungen? (Frau Clara Schuler-Salle a. S.).
- Am den Abenden wird müßig, geturnt, gespielt, Zimmern- und Gesellschaftsspiele und der Jugend- und Volkstanz gepflegt.

Samstag, den 13. April, Abends. — Im halber Besuch der Eltern, die weiblichen Jugend, gemeinsames Festessen am.

Die Anmerkungen haben bis 1. April bei der Vorlesung des Arbeitsamtes in Merseburg zu gelangen. Frau Regierungspräsident Gröninger in Merseburg zu gelangen. Die Teilnahmegebühr beträgt fünf Mark.

Die Meldebücher nach folgendem Vorblatt zu gestalten:

Meldungen zum Lehrgang zur Förderung der Pflege der weiblichen Jugend

1. Name:
2. Stand:
3. Alter:
4. Seit wann sind Sie in der Jugendpflege tätig?
5. Welchem Jugendverband oder Jugendbunde angehörig?
6. Welche Behörde wird vertreten (Jugendamt usw.)?
7. Haben Sie schon an einem Lehrgang teilgenommen?
8. In welchem?
9. Welches Instrument (Geige, Klavier) bringen Sie mit?
10. Wünschen Sie Bürger- oder Gasthausquartier oder Bleibe im Jugendheim?

Der Arbeitsamtes zur Pflege der weiblichen Jugend. Frau Regierungspräsident. Bezirksjugendpfleger. (g. v.) M. Gröninger. (g. v.) M. Gröninger.

Bekanntmachung.

Die Wannenbäder in der Volkshauschule sind Dienstag, Freitag und Sonnabend von 15 bis 18 Uhr geöffnet.

Die Bäder sind einen Tag vorher beim Schuldiener anzumelden, der Karten mit Angabe der Badezeit ausshändigt.

Die Badepreise betragen: a) für Erwachsene 40 Pf., b) für Kinder 20 Pf.

Nebra, den 5. März 1928. Der Magistrat

Bekanntmachung.

Ein schwarzes Huhn ist als zugelaufen gemeldet worden. Der Eigentümer kann dasselbe bei dem Arbeiter Friedrich Eigenbrod abholen.

Nebra, den 1. März 1928. Die Polizeiverwaltung.

Verheirateter Pferd-kufher

gekauft. Sehr gute Wohnung vorhanden.

Klostergut Nohleben.

Mittwoch und Donnerstag trifft ein großer Wagen

grüne Heringe zu billigen Preisen ein. Desgl. ab Freitag

engl. Büdlinge. Franz Schmidt.

Von Mittwoch ab frischen Fisch

empfeht Kr. Pf. Bahndirekt.

Mittwoch: Frischen Fisch

sowie Ränderwaren empfeht Hermann.

Teppiche — Läufer etc. Anzahlung in 10 Monatsraten lieferbar.

Teppichfabrik Agay's Gluck, Frankfurt a. M. 639. Schreiben Sie sofort!

Was ist heute in Nebra los?

Alles stürmt zum weltbekanntesten

Waschteufel

um sich davon zu überzeugen, wie derselbe in 5 Minuten 10 bis 12 Männerhemden wäscht. Überzeugen Sie sich von den Tatsachen und kommen Sie zum Probewaschen.

Nur heute Dienstag, im Gasthaus „Zur Burg“

Vorführung pünktlich vormittags 11 Uhr und nachmittags 2, 4 und 6 Uhr. — Schmutzige Wäsche ist mitzubringen. Alle Hausfrauen sind herzlich eingeladen.

Für die Hausfrauen der Umgebung ist das Probewaschen bis Mittwoch verlängert zu den gleichen Tageszeiten wie Dienstag.

Neuburger Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Neuba

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat:
Bei der Geschäftsstelle und den Postämtern 1.10 Mt.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Köpchen.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Köpchen.
Geschäftsstelle in Neuba: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Köpchen Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmeneteil 15 Pf. Einlagenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtparlasse Neuba — Bantvereine Aerten.

Nr 28

Dienstag, den 6. März 1928

41. Jahrgang

Curtius vor dem Reichstag.

Die deutsche Preisfrage zu hoch.
Im Reichstag fand der Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums auf der Tagesordnung. Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius behandelte die gesamte Wirtschaftslage und die Erfordernisse der Zukunft in einer groß angelegten Rede. Der deutsche Preisstand sei für gesamt-europäische Verhältnisse zu hoch. Senkung der Preise und Entlastung der Wirtschaft seien Voraussetzungen für die Umfassung in den Weltmarkt. Doch biete die gegenwärtige Preisbewegung keinen Anlaß zu besonderer Besorgnis.

Sitzungsbericht.

(392. Sitzung) CB Berlin, 3. März.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums. Der Ausschuss empfiehlt Entlastungen, worin die Reduktion der Besoldungen, der Umstellung von Ausstellungen und Waisen nur unter einschneidender Leistung des Reichswirtschaftsministeriums für die Umstellung zu verwenden. Weiter wird die Vorlage eines Gesetzes verlangt, wodurch den Richtern beim Reichswirtschaftsministerium die Besoldung der Richter die rechtliche Unabhängigkeit gewährleistet wird.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius

Legte dabei die Grundzüge seiner Politik dar, die im Jahre 1926 der Aufarbeitung der Wirtschaft im Jahre 1927 und der Verwirklichung einer Überwindung der Konjunktur dient haben. Er hatte sich bemüht, Preisbewegung und Auftrieb der Selbstkosten in Grenzen zu halten. Der deutsche Preisstand sei für gesamt-europäische Verhältnisse zu hoch. Immerhin biete die gegenwärtige Preisbewegung keinen Anlaß zu Besorgnissen. Die gleichmäßige

Entwicklung der Wirtschaft

sei besonders im Herbst durch die Kredit- und Vertrauenskrise anlässlich des Silber-Memorandums gefährdet gewesen. Seine Lösung war aber eine ruhige Aufklärung der Lage. Die Wirtschaftslage werde neben einer Kapitalwidmung nach wie vor erforderlich sein. Eine grundlegende Reform des Finanzwesens könne nur nach Beendigung der Arbeiten des Enquete-Kommissionen eingeleitet werden. Der Minister kam dann auf eine Verordnung gegen Eisenpreisbildung zu sprechen. Er erklärte dabei das Ergebnis der Verhandlungen und der Bedeutung des jetzt zustande gekommenen Friedensabkommens. Er habe dabei praktische und formale Zugeständnisse gemacht, um gleichfalls Erfordernisse einer Wirtschaftspolitik durchzusetzen. Der Minister forderte auch die Gewährung weiterer Ermäßigungen über öffentlichen Stellen zur Vermeidung des Durchstreichens der Wirtschaftspolitik des Ministeriums. Er hoffe, daß die stille und zähe Arbeit der Beteiligten zu einer Verständigung über die gemeinsamen Ziele führen werde. Zur Klärung des Problems der Gaslieferung voran werden demnächst alle Industriearbeiten zusammenberufen. Der Minister legte dann seine Bemerkungen im Mittelstand

während seiner Amtsführung dar und lud die Befragten zu zerstreuen, die aus Anlaß des Landwirtschaftsprogramms aus mittelständischen Kreisen geäußert wurden. In die zur Durchführung in Aussicht genommenen Verträge werden auch Vertreter des gewerblichen Mittelstandes gezogen werden. Zum Schluß sprach der Minister die Handelspolitik. Die Steigerung der Passivität unserer Handelsbilanz auf 3,9 Mrd. Mark ist gewiß besorgniserregend. Andererseits aber dürfte man sich auch nicht zu sehr über die Handelsbilanz beunruhigen. Die Außenhandelsbilanz der Vorkriegszeit ebenfalls passiv gewesen sei. Exportförderung und Wille des Binnenmarktes brauchen sich nicht anzuknüpfen. Der Minister erklärte, er habe sich sehr bemüht, die Handelsbeziehungen zwischen der Landwirtschaft und Industrie zu fördern. Dagegen könne er keine Politik mitmachen, die ihr Ziel in der Drosselung der Einfuhr und im Protektionismus sehe. Aufrechterhaltung und Vertiefung des Handelsverkehrs seien die Hauptaufgaben. Die Handelsfragen für Deutschland und Europa.

Abg. Seim (Zs.) kommt zurück auf die Erklärung des Reichswirtschaftsministers. Dr. Curtius im Senatssitzung, daß bei den Verhandlungen die Vertreter der Industrie und der Landwirtschaft eine Erhöhung der Eisenpreise vorgeschlagen hätten. Der Deutsche Metallarbeiterverband befreite ganz entschieden, daß von den freien Gewerkschaften eine solche Forderung an die Unternehmer erhoben sei. In der Handelspolitik müsse sich endlich die Einheit durchsetzen, daß wichtiger als der Export der Absatz auf dem inneren Markt sei. In einem anderen Lande sei die Bindung an Mindestpreise so durchgeführt wie in Deutschland, zum Schaden der Verbraucher.

Die Forderungen für die Marine.

Erklärungen des Reichswehrministers.

Der Hauptausfluß des Reichstages fuhr in der Beratung des Marineetat's fort, in deren Mittelpunkt die Anforderung für den Panzerkreuzer A hand. Nach einiger Debatte für und wider begründete Admiral Zentker die Forderungen der Marineleitung. Die Verteilung der Aufträge möglichst auf Betriebe in ganz Deutschland, entsprechende früheren Wünschen des Reichstages. Die Grenzen des Verfallers Vertrages für Ersatzbauten seien bei weitem nicht erreicht; ihre Ausfüllung ist auch nicht erstrebt, nur nach Maßgabe der Bedürfnisse würden Ersatzbauten vorgenommen. Der jetzt aufgestellte Bauplan reiche bis 1932. Rechner gibt Auskunft über die Baupläne und ihre Verteilung auf die beiden Werften und betont die Wichtigkeit der Aufrechterhaltung beider Werften; die Kehler Wert auf das Reich zu übernehmen, sei abzulehnen. Den Verwaltungsrat habe man bereits mit Hilfe des Sparkommissars erheblich verkleinert.

Es kamen dann abermals eine Reihe Redner verschiedener Ansichten zu Wort und schließlich griff auch Reichswehrminister Seeber abermals in die Debatte ein. Er sagte u. a., er wolle lediglich zwei Punkte berühren, nämlich die Frage der Flottenpolitik und die Frage der politischen Haltung der Flotte.

Zur Flottenpolitik erklärte der Minister: Ich will hier das ehrliche Geständnis ablegen, daß ich unsere Flottenpolitik vor dem Kriege für einen Fehler gehalten habe, nicht allein aus politischen Gründen, die mich als Soldaten nichts angingen, sondern in erger Linie aus militärischen, und ich veralte kein Geheimnis, wenn ich Ihnen mitteile, daß diese Ansicht im Großen Generalstab vorhergehend war.

Der alte französische Grundgedanke, daß man zur Entschleunigung nicht genug sein kann und die Entscheidung auf dem Lande fallen müsse, ist die Ursache für diese Einstellung des Generalstabes gewesen. Nach dem Gesagten ist es nicht verwunderlich, daß während des Krieges beim Generalstab nicht das, was die Flotte im weitesten Sinne nach der vorhergehenden Propaganda — Propaganda ist in dieser Beziehung immer von Übel — erwartete, was die Flotte aber ohne Überschätzung des freien Wertes gar nicht leisten konnte, nämlich den Schutz des deutschen Außenhandels und die Entlastung der großen Überseeverkehr.

Wenn ich trotz dem Gesagten aus voller Überzeugung für das Panzerkreuzer A einträte, so leiten mich dabei rein militärische Gesichtspunkte, die ich mir erlaubt habe, Ihnen Freitag auszusprechen.

politische Haltung der Flotte gebe ich zu, daß die Entwicklung hier vielleicht noch nicht so weit vordringen ist, wie es namentlich durch die Anknüpfung an den Reichstag der Fall ist. Man darf aber dabei auch nicht übersehen, daß der Wiederbau der Marine unter ganz besonderen schwierigen Verhältnissen vor sich gegangen ist und die Nachkommen der Ehrhardt-Flotte — anders kann man es nicht nennen — den letzten Stellen in der Marine das Leben recht schwer gemacht haben. Aber die Frage der Verbindung von Marineflotten mit den logenanten

O. G. Zentker schloß beim Reichsausschuß ein Verlaßwort. Ich bin entschlossen, unter allen Umständen die Marine von O. G. Zentker zu führen. Aber dabei auch seinen Marineangehörigen mehr in der Marine duldet, der mit O. G. Zentker auch nur Verbindung hält. Alle in den sogenannten Ehrhardt-Verträgen erwähnten Bestimmungen sind im übrigen bereits erfüllt. Eines muß hier aber einmal mit oder Deutschen ausgesprochen werden: das Verhalten der O. G. Zentker, wie es aus den veröffentlichten Briefen sprich, ist der Ehre der Flotte und ihren aus wirtschaftlicher Not helfen wollen. Ich kann dies Verhalten und die aus den Dokumenten hervorgehenden Umstände nicht als Ehre der Flotte anerkennen. Ich bin auf das härteste brandmarken und als Soldat meinen Mitmenschen über diese unerhörte Verhöhnung ehemaliger Kameraden und Vorgesetzten gegenüber zum Ausdruck bringen.

Mussolinis Antwort an Seipel.

Schmähsungen Österreichs.
Sundentag vor Beginn des italienischen Parlamentes waren alle Tribünen überfüllt, da die Antwortrede des Duce auf die Ausführungen des Bundeskanzlers Seipel über das deutsche Schicksal erwartet wurde. Zuerst Antwort sehr

colorchecker CLASSIC

...mühe genügen.
...de zeigen, daß die Welt und eben deswegen gerechtigt sein von 1918 bis heute befohlen hat.
...hofft, die die Hoffung befohlen hat.
...ist und von der den Provinzen be und mit gleichen
...interdis deutscher ein.
...aufstimm fort, daß schreitet kann —
...beweigt, dies zu das Gebiet poli-
...nen und spricht

von einem System der Drogen, von gemarterten Weibern, von Verlorenen, die durch die barbarische schändliche Tötung ausgebeutet werden sind. All dieses ist nicht nur falsch, sondern vor allem in höchstem Maße lächerlich: wir sind keine Schöler jenes

Österreich, das ein Jahrhundert lang die Länder halb Europas mit Drogen bevölkerte, die Gefängnisse mit Wärtzern füllte und unaufhörlich Galgen errichtete. Die schändlichen Gräueltaten sind die Entschuldigung einer ungelungenen Wagnisse.

Es muß hier präzisiert werden, daß Italien nicht nach der Probing Gehen gegangen ist, um dort eine zivilisatorische Kontribution zu erheben, sondern, daß es einen gewaltigen Beitrag an zivilisatorischer Arbeit in die Provinz gebracht hat. Italien hat dort Arbeiten gigantischen Umfangs in Angriff genommen und Hunderte von Millionen ausgegeben. Wenn General Seeber immer schwärzt mit den stölen Infigieren will, von denen Italien nicht ist, so wird Italien das nur wachsen in der Welt machen, aus gegen das nur wachsen verbreitete Übel mit allen Waffen zu verteidigen.

Der Völkerverbund? Genf? Vereingliche Hoffnungen!
Wenn die Völkerverbundversammlung in Genf sich in das Labirinth der sogenannten „Wunderheiten“ verließen würde, würde sie aus diesen Labirinth nicht mehr hervorkommen. Es ist Zeit zu erklären, daß die unverschämten Reden, die hasserfüllten Verleumdungen, die gemeinen Schmähungen nur einen Erfolg haben werden: das Anzeichen der schändlichen Straube zu beschleunigen. Wir wollen Freunde des deutschen Volkes sein, dessen Qualitäten wir anerkennen, dessen Anteil der menschlichen Zivilisation nicht einmal anerkennen in Frage gestellt wird.

Genf! Genf, wie man in Kuffeln und Zinsbrud spricht, mit derselben brutalen Aufrichtigkeit geben wir den Trolern, den Herrschern, der ganzen Welt zu verstehen, daß Italien mit allen seinen Lebenden und seinen Töten auf dem Brenner steht.

Die Kammer drang in domernden Beifall aus und sang lebend die Häftlingshymne.

Der Vatikan im Hille angezogen.
Der deutsche Alexus der Döfsele Trient hat an den Kirchhof Endbrich das Erhaben gerichtet, beim Vatikan einen Botschafter für Schiedsrichter zu erheben, der politisch neutral sei, deutsch spreche und womöglich einem neutralen Staat angehöre, damit er Vertrauen gewinne. In einer Konferenz der deutschen Delegation der Döfsele Trient erklärten sämtliche Anwesende dem Kirchhof, daß die Erstellung des Reichswirtschaftsministeriums in italienischer Sprache von der gesamten Geistlichkeit abgelehnt werde. Die Delegation der Kirchhof hat im Intervention beim Vatikan. Der Kernus des Deutschen Reichs hat beschlossen, sich durch sein Verbot von der Erstellung des Reichswirtschaftsministeriums in der Mutterprache abbringen zu lassen.

Der Völkerverbund in Genf.

Montag Tagung des Völkerverbundes.
Die diesmalige Tagung des Völkerverbundes beginnt am Montag um zwölf Uhr unter dem Vorsitz des Delegierten von Kolumbien, Uruguay. Der Eröffnung der Tagung geht, wie üblich, eine Ehemission voraus. Von den auf der Tagesordnung stehenden Punkten sind von größter Interesse die ungarisch-rumänische Disputation sowie die Frage des Interdisziplinären Straßens (Waffenaffäre) der kleinen Örtchen gegen Ungarn. Da diese beiden Fragen in den gegenwärtigen politischen Verhältnissen auf dem Vatikan im Zusammenhang mit der gesamten europäischen Politik stehen, steht man in allen Delegiertenkreisen den Stellungnahmen des Völkerverbundes mit ungewöhnlicher Spannung und Interesse entgegen.

In diesem Zusammenhang wird besonders auf die bevorstehende Zusammenkunft zwischen Briand, Stresemann und Chamberlain großes Gewicht gelegt. Man nimmt an, daß zweifellos die die Abklärung der in den Verhandlungen der Außenminister Zusammenkunft gelangen werden. Ferner wird erwartet, daß auch die französisch-italienischen und die französisch-spanischen Beziehungen zwischen den Italienern, Franzosen und englischen Delegierten zur Erörterung gelangen werden. Von Interesse der auf der Tagesordnung stehenden Punkte ist ferner die Ernennung des Reichswirtschaftsministers in der Sitzung des Völkerverbundes am 6. Dezember 1927 bei Verhandlung der Frage der Ausziehung von Frauen zur Wirtschaftskommission erklärt habe, daß er persönlich der Vertretung eines Staates durch Frauen nicht geneigt sei. Es wird darauf hingewiesen, daß diese Stellungnahme, die den Unwillen vieler Länder hervorgerufen habe, sich in direkter Verbindung sowohl mit der Reichsversammlung als auch mit der Vertiefung des Völkerverbundes befinde.

Satz für Deutschlands Grenzen.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde die Auseinandersetzung über die Forderungen des Reichs...